



Links in der Eifel

Interview mit Dieter Seidel aus Simmerath.

Er ist sachkundiger Bürger im Städteregionstag Aachen

1. Was hat Dich in die Politik und letztendlich zur Linken geführt?

In den 1970er Jahren war ich in Bürgerinitiativen für Umweltschutz und gegen Atomenergie aktiv. Im Rahmen der Friedensbewegung war ich u.a. aktiv gegen die Stationierung von Atomraketen in der Eifel und Mitherausgeber

der Broschüre „Waffeneifel“.

In der zum Kulturzentrum umgebauten ehemaligen „Lumpenfabrik“ in Monschau haben wir bereits damals Asylbewerber betreut und durch die Organisation von Live-Musik und Filmveranstaltungen die Kulturszene bereichert.

Fortsetzung Seite 3

Das Energeticon Ein starkes Stück Alsdorf

Kaum eine Stadt in der Städteregion ist so mit einer Industrie verbunden wie Alsdorf.

Jahrzehntlang war die Grube Anna und die benachbarte Kokerei wichtigster Arbeitgeber und Lebensmittelpunkt vieler Menschen.

Der monatliche Ausflug in den Alsdorfer Tierpark führte den Autor in den achtziger Jahren regelmäßig vorbei an den Förder- und Kühltürmen der wichtigsten Zeche im Wurmrevier.

Fortsetzung Seite 2

DIE LINKE unterstützt das Aktionsbündnis STOP TIHANGE

Sei Du auch dabei!

Jede und jeder zählt, damit diese gigantische Aktion klappt!

Wie das alles funktioniert? Infos dazu hier:

<https://www.chain-reaction-tihange.eu/de/>
oder telefonisch unter 0241-53107256

Hier gibt es auch Material wie Flyer und Poster.

Infos zum Bündnis STOP TIHANGE und wie man dieses unterstützen kann hier: <http://www.stop-tihange.org/de/>

Macht bitte mit und sagt es weiter, kommt mit Vereinen, Freunden, Schulklassen, Kegelklubs, teilt es in den Sozialen Medien.

... seit dabei und reiht euch ein!!!



Eine starke LINKE im Landtag tut auch den NRW-Kommunen gut

Von Özlem Alev Demirel



Am 14. Mai werden die Karten in Nordrhein-Westfalen neu gemischt. Es ist höchste Zeit für mehr Gerechtigkeit. Unser Bundesland ist dramatisch unterfinanziert.

Die Kommunen in NRW haben Ende 2015 einen Schuldenberg von 62 Milliarden Euro – davon 26,4 Milliarden Kassenkredite – aufgehäuft. Der Anteil der Kommunen am Steueraufkommen des Landes wurde von früher 28 Prozent nach und nach auf nur noch 23 Prozent reduziert. Das bedeutet für die Kommunen allein im Jahr 2017 einen Verlust in Höhe von circa 2,5 Milliarden Euro.

In vielen Kommunen in NRW geht gar nichts mehr: Kommunale Infrastruktur wird vernachlässigt oder gar bewusst aufgegeben, weil das Geld fehlt, da die Kommunen seit Jahren systematisch unterfinanziert sind. Zu den Folgen gehört ein marodes Bildungswesen. Brücken und

Straßen verfallen. Altenheime und Krankenhäuser brauchen deutlich mehr Pflegepersonal. In den Städten fehlen bezahlbare Wohnungen, und auf dem Land fahren immer weniger Busse und Bahnen. Während auf der einen Seite notwendige Angebote, Projekte und Einrichtungen wie Jugendzentren, öffentliche Schwimmbäder, Bibliotheken etc. dicht gemacht, Schulen nicht mehr saniert oder Spielplätze wegen Sanierungsbedarf abgesperrt werden, steigen auf der anderen Seite Abgaben und Gebühren wie zum Beispiel die Grundsteuer, Kitagebühren, Müllabfuhr, Straßenreinigung, aber auch Eintrittsgelder für Museen, Schwimmbäder oder Kultureinrichtungen.

Für uns LINKE ist es eine zentrale Aufgabe, im Landtag von NRW mit dafür zu sorgen, dass die Kreise, Städte und Gemeinden für ihre Aufgaben genügend Mittel erhalten. Dafür muss wieder eine Steuergerechtigkeit hergestellt werden, bei dem untere und mittlere Einkommen entlastet und Spitzeneinkommen belastet werden. Denn Geld ist da, aber ungerecht verteilt. Wir streiten für die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und für lebenswerte Städte mit einem vielfältigen sozialen und kulturellen Angebot, in denen alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

* Özlem Alev Demirel ist Landes-sprecherin der LINKEN NRW sowie Spitzenkandidatin zur anstehenden Landtagswahl



Fortschritte scheitern nicht an der Linken

Haushaltsberatungen im Aachener Städteregionstag laufen eigentlich immer nach demselben Muster ab.

Die Verwaltung präsentiert einen Entwurf, die Fraktionen erarbeiten dazu Änderungsvorschläge, die Kooperation von CDU und Grünen setzt sich durch mit ihrer Liste durch, die Opposition aus SPD, FDP und Linken stimmt aus unterschiedlichen Gründen mit Nein.

Beim Haushalt 2017 lief es etwas anders: Zum einen kam der Entwurf erst im Kalenderjahr 2017. In der Regel finden Einbringung und Verabschiedung eines städteregionalen Haushalts immer am Ende des jeweiligen Vorjahres statt. Dies schafft Planungssicherheit bei den zehn regionsangehörigen Kommunen, die kurz danach ihre eigenen Haushaltsberatungen halten. Im Rahmen der sogenannten Benehmensherstellung haben die Städte und Gemeinden

von Baesweiler im Norden bis Monschau im Süden dies auch kritisiert.

Städteregionsrat Etschenberg hat dann auch angekündigt, dass der Haushalt für 2018 auch in diesem Jahr eingebracht werden wird.

Die größere Überraschung war allerdings die politische Beratung. Die Schwarze-Grüne Kooperation, im Städteregionstag mit einer 3-Stimmen-Mehrheit ausgestattet, lud die anderen Fraktionen zu Gesprächen ein. Herausgekommen war eine zweite Änderungsliste, die einige Forderungen der Linken übernahm. Und dabei handelte es sich nicht nur um ein bisschen Zahlenkosmetik:

- So sollten die Kürzungen bei den Kulturveranstaltungen September-Special und Chorbiennele wieder rückgängig gemacht werden
- Die Bildungszugabe, welche Kinder und Jugendlichen den freien oder zumindest ermäßigten Zugang zu Kultur- oder Musikveranstaltungen ermöglicht, wurde nicht gekürzt, sondern auf 300.000€ belassen.

• Für den Betriebssport wurde der jahrelang trotz ansteigender Mitarbeiterzahl festgezurrte Zuschuss endlich erhöht.

• Die Mittel für die Schuldnerberatung wurden um 50.000€ angehoben. Leider sind immer noch zu viele Menschen von Ver- und Überschuldung bedroht.

• Es gab eine grundsätzliche Zustimmung, die Einrichtung eines Drogenkonsumraums zu prüfen. Die Abhängigkeit von harten Drogen verursacht hohe gesellschaftliche Kosten. Beratung und Hilfe sind geeignet, Abhängige zu entkriminalisieren.

Damit wurden zwar nicht alle Forderungen unserer Fraktion erfüllt. Aber wir sahen auch keinen Grund, einen Haushalt zu verhindern, der Verbesserungen in den Bereichen Soziales, Kultur, und Gesundheit vorsieht. Denn wenn es darum geht, den Menschen wirklich zu helfen, wird die Linke immer mit im Boot sein.

Harald Siepmann,

Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag

Rahmendaten STR-Haushalt

Aufwendungen: ca. 692 Mio. €

Davon:

- Sozialleistungen: ca. 291 Mio. €
- Personal- und Versorgungsaufwand: ca. 105 Mio. €
- Umlage Landschaftsverband: ca. 140 Mio. €

Erträge: ca. 692 Mio. €

Davon:

- Regionsumlage: ca. 380 Mio. €
- Schlüsselzuweisungen des Landes: ca. 33 Mio. €
- Erträge Sozialleistungen: ca. 137 Mio. €

Zu berücksichtigen ist, dass die Städteregion als Träger der Grundsicherung nach Sozialgesetzbuch II (auch als Hartz IV bekannt) und der Sozialhilfe nach SGB XII für die Kosten der Unterkunft zuständig ist. Dafür erhält sie aber eine teilweise Erstattung durch den Bund.

Fortsetzung

Das Energeticon - Ein starkes Stück Alsdorf

Das Ende des Bergbaus Anfang der neunziger Jahre war ein einschneidendes Erlebnis, das strukturell-politisch durchaus erfolgreich bestanden wurde. Vom Erscheinungsbild hat sich die Stadt ebenfalls stark verändert. Vor allem Grün bestimmt jetzt die Fläche, auf der noch vor drei Jahrzehnten Berglaute durch den Schacht untertage einfuhren oder Züge für den Transport in die Stahlwerke Luxemburgs beladen worden sind.

Übriggeblieben sind noch einige Gebäude, die heute Teil des Energeticons geworden sind, das mehr ist als nur ein Museum der Vergangenheit. Aber schon in die Einblicke in das Arbeiten auf der Grube ist ein eindrucksvolles Erlebnis.

Die Härte der Arbeit und die Gefahren, die den Bergleuten drohten, werden beeindruckend dargestellt. Herausgearbeitet wird aber auch die Hilfsbereitschaft und Solidarität, die unter Tage herrschten, und die auch für das Leben über Tage bestimmend waren. Die technische Entwicklung, die das Arbeiten im Laufe der Zeit erleichterte, wird sehr gut dargestellt. Aber wie schon erwähnt, ist das Energeticon

auch ein Ort, wo Gegenwart und Zukunft nicht zu kurz kommen. Denn wir befinden uns in einem Übergangsstadium vom fossilen Zeitalter, das durch Kohle, Gas und Erdöl bestimmt ist, in ein nicht-fossiles Zeitalter, wo Energie aus Wasser, Wind und Sonne gewonnen wird ohne den Nachteil der Erzeugung von CO₂ (Kohlendioxid), welche wir uns nicht mehr leisten können. Das Energeticon informiert eben auch über die Energiewende und wie sie sozial- und umweltverträglich gestaltet werden soll.

Insbesondere Kinder und Jugendliche können dies mittels von leicht verständlichen Apparaturen kennenlernen.

Ein Besuch im Energeticon lohnt sich aber für alle Altersgruppen und ist an allen Tagen außer Montags von 11-17.00 (am Wochenende bis 18.00) möglich. Zu empfehlen sind Führungen, die man vorher buchen muss. Einzelheiten findet man auf der Website www.energeticon.de

Die Energeticon-Gesellschaft befindet sich hauptsächlich in öffentlicher Hand. Größter Gesellschafter ist der Landschaftsverband Rheinland.

Mitgesellschafter sind aber auch die Städteregion und die Städte Alsdorf, Baesweiler, Eschweiler, Herzogenrath und Stolberg. Die LINKE erwartet, dass die Gesellschafter für das Energeticon eine dauerhafte und tragfeste Lösung finden, ohne dass die Eintrittspreise erhöht werden müssen. Im Idealfalle sollte eine solche Einrichtung wenigstens für Kinder und Jugendliche eintrittsfrei zur Verfügung stehen, wie das bereits in vielen Museen des Landschaftsverbands der Fall ist.

Harald Siepmann,

Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag



Fortsetzung

Links in der Eifel

Interview mit Dieter Seidel



Für die Simmerather GRÜNEN war ich im Gemeinderat und habe mich dort bemüht, Anregungen und neue Impulse zu setzen. Die Zustimmung der GRÜNEN zu Kriegseinsätzen war und ist für mich moralisch und menschlich aber nicht zu rechtfertigen.

Ich sehe mich als Ökosozialisten. In über 30 Jahren Berufserfahrung als Sozialpädagoge habe ich gesellschaftlich benachteiligte Jugendliche und Erwachsene u. a. auch beim Jugendamt Aachen begleitet und betreut und die bittere Armut der Menschen erlebt, die von Hartz IV leben mussten.

Menschen die Jahrzehnte gearbeitet hatten, bekamen plötzlich so wenig Geld wie Leute, die nie versicherungspflichtig tätig waren.

Daher setze ich mich mit der Partei DIE LINKE vehement dafür ein, dass solche Ungerechtigkeiten abgeschafft werden und die Schere zwischen arm und reich nicht immer weiter auseinandergeht.

2. Was macht für Dich das Leben in der Eifel aus?

Nachdem ich Ende der 1970er Jahre erstmalig in Steckenborn

war, haben mich die Schönheit der Natur und der Weitblick in die Landschaft fasziniert, aber auch das malerische Monschau mit einem Hauch von Schnee haben mich angezogen.

Beim handwerklichen Umbau der „Lumpenfabrik“ zu einem Kulturzentrum haben mich die Eifeler beeindruckt mit ihren Fähigkeiten, alles selber zu machen und zu bauen.

Meine beiden Töchter sind hier in dieser Landschaft und räumlichen Freiheit groß geworden, und ich bin sehr glücklich, dass meine Frau den für sie nicht leichten Weg von Köln in die Eifel mitgetragen hat. Ich schätze die Nähe zum Rursee, unsere Schwimmbäder in Simmerath und Monschau, den biologischen Anbau im Garten und nicht zuletzt „ZUMBA“.

3 Welche Themen müssten im ländlichen Raum speziell in der Eifel dringend angepackt werden?

Der **Motorradlärm** bei schönem Wetter ist für die Anwohner in Steckenborn, Woffelsbach und Rurberg unerträglich geworden. Die Rüttelstreifen, die die Motorradfahrer zum Langsamfahren bewegen sollten, sind wirkungslos, aber mittlerweile eine „Ärgernisstrecke“ für die Autofahrer geworden. Wahrscheinlich kommt man an Streckensperrungen mit Videoüberwachungen nicht vorbei. Es wäre auch bedenkenswert, spezielle Rennstrecken für Biker anzubieten, wo sie niemanden beeinträchtigen z.B. durch den ADAC.

Es gibt zahlreiche **Tempo-30 Zonen** die nicht eingehalten werden, z.B. in Steckenborn „Auf der Höhe“, wo sich auch ein Kindergarten befindet. Für Fahrzeuge, die von

Nebenstraßen auf die Straße fahren, fehlt das Hinweisschild 30 und die meisten Leute sagen „Ich wusste das nicht.“

Ich schlage den verstärkten Einsatz der mobilen Geschwindigkeitsanzeige an diesen Stellen vor, um den Autofahrern bewusst zu machen, dass sie zu schnell fahren. Hier sind Aktivitäten insbesondere auch zum Schutz unserer Kinder und der betroffenen Anwohner von den zuständigen Stellen erforderlich.

Der Ausbau der **B 258**, der schon lange auf der Tagesordnung steht, ist für die Pendler und die Wirtschaft in der Eifel dringend notwendig. Hierbei sind die Belange betroffener Anwohner mit großer Sorgfalt zu berücksichtigen. Vielleicht benötigen wir dazu einen Bundesverkehrsminister, der aus NRW kommt!

Mehr Transparenz für die Bürger durch eine **Transparenzsetzung** für Monschau, Simmerath und Roetgen: Unter dem Stichwort „Gläsernes Rathaus“ sollen dem Bürger unkompliziert und unbürokratisch relevante Informationen zur Verfügung gestellt werden.

Durch eine Transparenzsetzung können Bürger relativ einfach rechtlich abgesicherten Zugang zu umfangreichen Wissen erhalten. Für Wirtschaftsunternehmen könnten diese Informationen aus der öffentlichen Verwaltung eine wertvolle Entscheidungsgrundlage etwa für einen Standortausbau sein. Diese neue Informationsfreiheit und Bürgerfreundlichkeit kann auch der zunehmenden Politikverdrossenheit entgegenwirken und die Verschwendung von Steuergeldern erschweren. Zahlreiche Städte und Kommunen verfügen bereits über eine Transparenzsetzung.

4. Du bist seit kurzem Mitglied im Ausschuss für Regionale Zusammenarbeit, Mobilität und Europa.

Was sind Deine Erfahrungen bis jetzt und welche Fragen werden dort behandelt ?

Nach einem Gutachten der IHK wird es am **Bahnknoten Aachen** ab 2025 deutliche Engpässe geben, u.a. durch weitere Nachfragersteigerungen. Ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Verbesserung wurde vorgelegt. Bahnfahrer leiden schon jetzt täglich unter Verspätungen und Schienenersatzverkehr (Ersatzbusse mit fast doppelter Fahrzeit). Es kommt jetzt darauf an, die vorgeschlagenen Verbesserungsmaßnahmen im Auge zu behalten insbesondere auch die Einhaltung des Zeitplanes.

Es wurde die Teilnahme am **Zukunftsnetzwerk Mobilität NRW** beschlossen, die sinnvoll ist: Sie beinhaltet eine Reduzierung des Individualverkehrs zugunsten von Bus, Bahn, Fahrrad, Fußgängern, Sharing-Systemen und Elektrobussen.

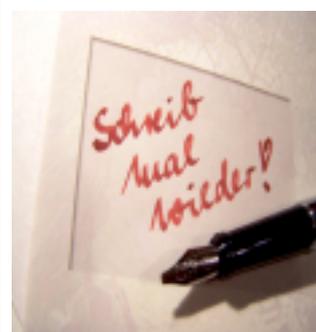
Eine Projektidee auf Basis einer Online Plattform. Sie soll **Dorfläden** im ländlichen Raum mit Waren beliefern, welche die Läden nicht in ihrem Sortiment haben, aber für die Menschen wichtig sind.

Einstimmig wurde eine Resolution gegen die Einführung einer **PKW Maut** verabschiedet bzw. wurden Sonderregelungen für unsere Grenzregion gefordert.

Das Interview führte WIR-Redakteur Harald Siepmann

Keine Kürzungen dank LINKE

Die angestrebten Kürzungen der städteregionalen Zuschüsse für das Monschau Festival, das September-Special in Aachen und die Chorbienale werden nicht umgesetzt. DIE LINKE hatte diese von Beginn abgelehnt und freut sich besonders, dass über die Bildungszugabe weiterhin Schüler am Monschau-Festival teilnehmen können, so Dieter Seidel, Sachkundiger Bürger aus Simmerath.



Ihre Meinung ist uns wichtig!
Schildern Sie uns Ihre Erfahrungen

eMail:

wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de

postalisch

Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag
Stichwort "Leserbrief"
Haus der Städteregion
Zollernstraße 16
52070 Aachen

Durch höhere Mobilität mehr Lebensqualität auch in Simmerath und Roetgen

Die Möglichkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln in den Gemeinden Simmerath und Roetgen einzukaufen, Ärzte, Behörden und Freunde zu besuchen, ist aufgrund der bestehenden Buslinien nur sehr eingeschränkt und teilweise gar nicht möglich.

Zu berücksichtigen ist auch, dass der Anteil der Bürger, die aufgrund ihres Alters auf öffentliche Angebote angewiesen sind, deutlich zunehmen wird.

Der nach einer erfolgreichen Erprobungsphase in Monschau vor 3 Monaten eingeführte NetLiner (ein Ruftaxi), schafft trotz einiger Umstellungsprobleme eine für unsere Region neuartige Mobilität. Neben den vorhandenen Bushaltestellen können die Fahrgäste an 9 zusätzlichen Spots (Haltepunkten) einsteigen.

Besonders erfreulich ist auch, dass verstärkt Berufspendler das Angebot nutzen - und das Projekt steht erst am Anfang.

Wir freuen uns zusätzlich über positive ökologische Effekte im Monschauer Land.

Nach Auskunft eines Fahrers entdecken immer mehr Bürger erst, welche neuen Möglichkeiten der NetLiner für ihre Bedürfnisse bietet. So lassen sich z.B. Wanderer an einem bestimmten Wanderweg absetzen und zu einem späteren Zeitpunkt wieder abholen; Schüler können mal eben Freunde im Nachbarort besuchen; Ältere Menschen können sich zum Arzt bringen und wieder abholen lassen. Dies sind nur einige neue Möglichkeiten zusätzlicher Mobilität, die die Bürger gerade entdecken.

Samstags und Sonntags steht der NetLiner bedauerlicherweise nicht

zur Verfügung. Unserer Meinung nach wäre es aber gerade dann wichtig, dass u.a. auch Jugendliche sicher gefahren werden können. Die vielen schweren Unfälle, oft nach Discobesuchen sind uns allen bekannt.

Zur Kostendeckung sollte man daher auch über eine Co-Finanzierung nachdenken.

Die neue Mobilität findet ihre Grenzen an der Ortsgrenze von Monschau.

Hier sind einige von Bürgern genannte Beispiele zu nennen.

- Menschen, die in Monschau-Imgenbroich einen Arzttermin haben und wieder zurückkehren müssen;
- Besucher der Monschauer Tafel, die mit vielen Tragetaschen beladen, zu ihrem Wohnort in Simmerath oder Roetgen fahren müssen;
- Monschauer Bürger die bei schönem Wetter an den Rursee



© Stefan Beyer, pixelio.de

nach Rurberg oder Woffelsbach fahren und zurückkehren wollen etc.

Wir erwarten, daß diese Möglichkeiten neuer Mobilität in Zukunft auch Simmerather und Roetgener Bürgern zugute kommen werden. Es bleibt zu hoffen, daß die Bürger dieser Orte nicht noch Jahre auf dieses mehr an Mobilität und somit Lebensqualität warten müssen. Wir werden uns für schnelle und gute Lösungen einsetzen

Dieter Seidel,

Sachkundiger Bürger der Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag

Glosse:

Die Frau aus Eritrea und das überforderte Amt

„Wir können Sie leider nicht mehr unterstützen, da wir einen formalen Fehler begangen haben, den wir zwar nicht anerkennen, der aber trotzdem von Bedeutung ist.“ So oder so ähnlich muss der Wortlaut gewesen sein, mit dem eine Frau aus Eritrea ihre Welt kollabieren sah.

Von wem könnten diese Worte stammen; Worte so schrecklich und absurd zugleich?

Von einem Populistenverein oder eher doch von irgendeiner Behörde, die nur so vor Regulierungswut und Formularausfüllmarathons strotzt?

Tippen Sie auf die Behörde? Dann haben Sie tatsächlich Recht!

In dem Fall der Dame aus Eritrea ist es das sogenannte Sozialamt, das ihr die Unterstützung verweigert hatte. Alle Gelder wurden ihr, obwohl sie einen gerechtfertigten Anspruch darauf hatte, gnadenlos gestrichen.

Jetzt steht ihr sogar die Abschiebung bevor! An dieser Stelle müsste man annehmen, dass das

Sozialamt einen triftigen Grund für diese drastische Entscheidung haben muss. Den hat es durchaus! Die Frau hatte nämlich skandalöser Weise ihr Geschlecht vertauscht, so dass auf ihrem deutschen Ausweis „männlich“ anstatt „weiblich“ angegeben war.

Aus der Sicht des Sozialamtes ist dies ein unverzeihliches Vergehen, das mit der Höchststrafe getadelt gehört.

Das gekränkte Sozialamt hat selbstverständlich sofort gehandelt und die Existenz der Dame so gut wie aufgelöst. Bei so einem Vergehen verdient man nichts anderes, auch

wenn man den Geschlechtertausch scheinbar unwissentlich selbst vorgenommen hat.

Diese Information ist wohl entweder in den verzweifelten Appellen der Frau oder in irgendeinem der Milliarden Aktenordner untergegangen. Dies ist aber auch egal.

Es ist ja nicht so, dass sich das Sozialamt um mehr soziale Gleichheit für alle - vollkommen unabhängig von Geschlecht und Nationalität kümmern sollte.

Sonia Siller, Sachkundige Bürgerin Fraktion DIE LINKE Eschweiler

WIR



Bestellschein an: Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag
Haus der Städteregion • Zollernstraße 16 • 52070 Aachen

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag erhalten. Bitte schicken Sie "WIR in der Städteregion" kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

Name, Vorname

Postleitzahl, Ort, Straße

Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0241 / 5198 3305

Impressum:

WIR in der Städteregion
Zeitung der Fraktionen DIE LINKE in der Städteregion Aachen
e-mail:
wir-redaktion@dielinke-aachen.de
wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de
postalisch:
Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag
Haus der Städteregion, Zollernstraße 16
52070 Aachen
Redaktion
Harald Siepmann (zugleich v.i.S.d.P.),
Albert Borchardt, Marika Jungblut,
Dirk Makowski, Michael Bredohl
Layout
Lasse Klopstein, Albert Borchardt
Fotos:
www.pixelio.de, wikimedia commons,

Archiv Linksfraktionen AC, Archiv KV Städteregion Aachen, Archiv DIE LINKE NRW, pixabay.com
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Druck
Euregio-Druck, 52068 Aachen, Dresdener Straße 3
Auflage
46.000
Dank an alle, die das Erscheinen dieser Ausgabe möglich gemacht haben, und Dank auch an alle, die sie in die Welt hinaus tragen.
Ihr seid toll.
Nächste Ausgabe: Herbst 2017
Redaktionsschluss September 2017

SPARKASSE bekommt den Hals nicht voll!



Es ist nicht außergewöhnlich, daß Unternehmen ihre Ertrags-/Aufwands-situation kontinuierlich beobachten.

So hält es auch die Sparkasse Aachen und kam zu dem Schluss, ab dem 1. Januar 2017 die Entgelte für die bei ihr geführten Girokonten kräftig zu erhöhen. Die Erhöhungen für die Grundgebühr fallen zwischen 12% und 50% aus (Grundgebühr bedeutet, dass weitere Kosten hinzukommen). Aber nicht nur das, auch die Jahresgebühr für die Kontokarte wurde um 30% erhöht. Das ist für ein Institut, daß sich letztlich im Eigentum der Bürgerinnen und Bürger in der Städteregion befindet, völlig überzogen und aufgrund der Höhe zudem unanständig. Begründet wird das vom Vorstand mit dem Verweis auf das Verhalten anderer Banken. Die haben mit der Erhöhung der Kontoführungsgebühren eine gute Quelle für zusätzliche Gewinne ausgemacht, und deshalb ist man im Sparkassenvorstand wohl zu der Überzeugung gelangt, ebenfalls auf diese Art einen

guten Schluck aus der Pulle nehmen zu sollen.

Ein relativ risikoloses Vorgehen, denn die meisten Kunden hat man jahrelang vertrauensvoll mit einer umfangreichen Produktpalette an die Bank gebunden. Und diesen Kunden ist es nun zu umständlich, zu günstigeren Banken zu wechseln. Dabei gibt es weiterhin Banken, die Girokonten kostenlos führen. Auch bei anderen Sparkassen gibt es solche Angebote. Und die übernehmen zudem problemlos den ganzen "Umzug" des bisherigen Kontos und sorgen ebenfalls für eine ortsnahe Bargeldversorgung. Wenn nun viele Kunden aufgrund der beschriebenen Ungeheuerlichkeiten einen Bankenwechsel vollziehen würden, wäre das ein Denkmittel für den hiesigen Sparkassenvorstand und würde diesen gewiß nicht nur zum Nachdenken, sondern auch zum Umsteuern veranlassen.

Doch der Sparkassenvorstand ist nicht alleine verantwortlich. Vielmehr hat auch der Verwaltungsrat diesen drastischen Erhöhungen

zugestimmt. Darin sitzen neben dem Oberbürgermeister der Stadt Aachen und dem Städteregionsrat die honorigen Vertreter von Christ- und Sozialdemokraten sowie der Grünen. Was sie zu ihrer Zustimmung bewogen hat, kann nicht nachvollzogen werden. Denn die Sparkasse Aachen hat über die Jahre ein erhebliches Fettpolster angelegt, so daß wirkliche Notwendigkeiten zu diesen Gebührenerhöhungen auszuschließen sind. Inwieweit die Vergütungen und

Pensionsansprüche des Vorstandes vom Geschäftsergebnis abhängig sind, kann nicht beantwortet werden. Diese Informationen sind der Öffentlichkeit ebenso wenig wie die Vorgänge im Verwaltungsrat zugänglich. Bekannt ist allerdings, daß der aktuelle Vorstandsvorsitzende dieses Jahr in Pension gehen wird. Eventuell hat es ja damit etwas zu tun.

Uwe F. Lühr, *Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Städteregionstag*

Hier einige Details zu den Erhöhungen im Überblick:

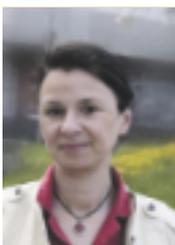
Classic-Konto

Grundgebühreänderung von monatlich 4,50 € auf 4,75 €
zusätzlich je Geldeingang monatlich 0,25 €
zusätzlich je Lastschrift monatlich 0,25 €
zusätzlich je Dauerauftrag monatlich 0,25 €
zusätzlich je belegfreien Auftrag 0,07 €
zusätzlich je eingereichtem Überweisungsträger 1,10 €
Kartengebühreänderung von jährlich 5 € auf 6,50 €

Online-Konto

Änderung der monatlichen Gehaltsgrenze für die kostenfreie Nutzung von 1.000 € auf 1.750 €
Änderung der Nutzungsgebühr bei Nichterreichen der Gehaltsgrenze von 3 € auf 4,50 €
Kartengebühreänderung von jährlich 5 € auf 6,50 €

Quelle: <https://www.sparkasse-aachen.de/>



Wann zieht das Jobcenter um und wohin?

Die Zusammenlegung der Geschäftsstellen der Jobcenter

Baesweiler, Alsdorf, Herzogenrath und Würselen ist an sich beschlossene Sache. Aber wie und wann die Sache letztendlich über die Bühne gehen soll, darüber ist uns auch noch nichts bekannt.

Die Neustrukturierung im Nordkreis sollen unter Abwägung höherer Fahrt-/Zeitaufwendungen geprüft werden. Wer diese Prüfung durchführen, und anhand welcher Kriterien dies geprüft werden soll, ist jedenfalls nicht klar ersichtlich, obwohl DIE LINKE im Städteregionstag mehrmals nachgefragt hatte.

Im letzten Jahr fand eine Sitzung der Trägerversammlung statt. Sie hat die Geschäftsführung des Jobcenters beauftragt, die Zusammenlegung der Geschäftsstellen im Nordkreis im Gebiet des Stadt Alsdorf durchzuführen, bzw. als

ersten Schritt ein geeignetes Gebäude zu finden.

Möglicherweise dauert die ganze Angelegenheit also noch eine ganze Weile. Jedoch sollten die Betroffenen und die Politik zumindest informiert und auf dem Laufenden gehalten werden.

Aus diesem Grunde hat DIE LINKE Baesweiler einen umfangreichen Fragenkatalog an die dortige Verwaltung gestellt. Der Antrag, einen Bericht über den aktuellen Sachstand zu geben, soll am 30.05.2017 im Rat der Stadt Baesweiler auf der Tagesordnung stehen. Wir sind gespannt und würden uns über zahlreiche Bürgerinnen und Bürger freuen, die als Zuschauer in das Rathaus Setterich kommen! Den Antrag finden Sie hier: www.dielinke.baesweiler.de

Marika Jungblut,

Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Baesweiler und Mitglied im Städteregionstag



Chance vertan, liebe GroKo!

Mehr politische Beteiligung von

Kindern und Jugendlichen scheitert in Aachen abermals an der großen Koalition

Auf Antrag der Fraktion die LINKE im Rat der Stadt Aachen wurden in der letzten Sitzung des Stadtrates zwei Möglichkeiten der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen diskutiert.

Das Bürgerforum hat unserem Antrag, zweimal im Jahr schwerpunktmäßig Themen und Eingaben von Kindern und Jugendlichen zu behandeln, einstimmig zugestimmt. Im Kinder- und Jugendausschuss ergänzte man unseren Antrag. Neben den zwei Terminen, Themen für Kinder und Jugendliche zu behandeln, sollte zusätzlich in jeder Sitzung der Punkt "Eingaben von Kindern und Jugendlichen" aufgerufen werden. Der Beschluss wurde einstimmig angenommen.

Der Rat in seiner Weisheit und grokoialen Übermacht kassierte diesen Beschluss jedoch teilweise wieder ein.

Allerdings konnten sich CDU und SPD so gerade noch durchringen, in jeder Sitzung den Punkt „Eingaben von Kindern und Jugendlichen“ aufzurufen; die zwei Sondertermine soll es aber nicht geben. Die von der LINKen beantragte Anpassung der Geschäftsordnung, mit dem Zusatz "Öffnung der Fragestunde für Kinder und Jugendliche" wurde nicht ohne ironische und sarkastische Kommentare aus den Reihen der CDU beschlossen. So kann man interessierte Jugendliche auch verprellen, wenn man als politischer Vertreter ihren Anliegen mit Ironie und Sarkasmus begegnet. Die Chance, mehr Minderjährige an Politik zu interessieren und sie an der Gestaltung unseres Gemeinwesens teilhaben zu lassen, wurde leichtfertig vertan.

Michael Bredohl,

Kinder- und Jugendpolitischer Sprecher der Linken im Rat der Stadt Aachen

Gemeinsam für Soziale Gerechtigkeit



Robert Schwedt

50% der Bevölkerung in Deutschland besitzt nur ca. 1% des Vermögens, das heißt dass jeder zweite Deutsche von der Hand in den Mund lebt.

Ein Drittel des Vermögens befindet sich in der Hand von nur 1%.

Schaut man sich die Politik der Einheitsparteien von CDU, SPD, Grünen und FDP an sieht man, dass diese in den letzten Jahren nur im Interesse dieses

einen Prozents gehandelt haben.

Frei nach dem Motto „Wer hat, dem wird viel gegeben“.

Hierzu ein paar Beispiele, der Spitzensteuersatz wurde von 53% auf 42% reduziert, die Kapitalertragsteuer wurde auf 25% gesenkt, und es wurden Schlupflöcher für Superreiche und Konzerne geschaffen, die es ihnen ermöglichen so gut wie gar keine Steuern zu bezahlen.

Im Gegenzug zu diesen Geschenken nimmt die Armut in Deutschland immer weiter zu. Besonders betroffen hiervon ist Nordrhein-Westfalen, das auf dem besten Weg ist, zum Armenhaus Deutschlands zu werden. Die Frage die wir uns als Wählerinnen und Wähler stellen müssen ist, ob wir bereit sind diese Zustände weiter hinzunehmen, oder ob wir eine Politik wollen die der Mehrheit der Bevölkerung dient, und nicht der Bereicherung von wenigen.

** Wahlkreis Aachen 1 umfasst vom Stadtbezirk Aachen-Mitte die Stadtteile Markt, Theater, Lindenplatz, St. Jakob, Westpark, Hanbruch, Hörn, Ponttor, Hansemannplatz, Soers, Jülicher Straße, Kalkofen, Marschierort und Hangeweier, sowie die Außenbezirke Haaren, Laurensberg und Richterich.*



Vanessa Heeß

Nach den negativen Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren mit Privatisierungen gemacht haben, ist es dringend nötig, die bereits privatisierte Infrastruktur wieder in die öffentliche Hand zurückzuführen.

Zu den fundamentalen Aufgaben des Staates gehört es, die grundlegenden Bedürfnisse seiner Einwohner abzusichern.

Dazu gehört, dass unter anderem der Zugang zu Wohnraum, Energieversorgung, Kommunikation, Wasser, Verkehr, Bildung, Gesundheitsversorgung unabhängig vom Einkommen gewährleistet ist.

Es ist unhaltbar, dass Investoren die Möglichkeit gegeben wird, sich an lebensnotwendigen Leistungen für Alle zu bereichern.

Aus diesen Gründen müssen auch die aktuellen Pläne, die Autobahnen zu privatisieren, verhindert werden.

Alle privatisierten Bereiche der Daseinsvorsorge gehören zurück in öffentliche Hand. Weitere Privatisierungen müssen verhindert werden. Deshalb möchte ich am 14. Mai als Direktkandidatin für DIE LINKE in den NRW-Landtag gewählt werden.

**Wahlkreis Aachen 3*

umfasst die Kommunen Alsdorf, Baesweiler, Herzogenrath und Würselen



Igor Gvozden

Für guten und bezahlbaren Wohnraum für Aachen und NRW

In NRW explodieren die Mietpreise. Gründe für diese Explosion sind Privatisierungen, Aufwertungen mittels Modernisierung und der mangelnde Bau von öffentlich geförderten Wohnungen. Während es 2002 noch 844.000 Sozialwohnungen in NRW gab, ist die Zahl 2014 auf 489.000 gesunken.

Mittlerweile zahlen MieterInnen in Aachen durchschnittlich 9.22 Euro für den Quadratmeter. Zum Vergleich: In Wien kostet der Quadratmeter lediglich 4,44 Euro. Das liegt daran, dass Wohnen in Wien öffentlich gefördert wird und dort keine Wohnungen privatisiert wurden.

Genau das brauchen wir auch in NRW: eine öffentliche Förderung für kommunale oder landeseigene Wohnungsbaugesellschaften.

Wohnen darf keine Ware sein. Wohnen ist eine Notwendigkeit für MieterInnen. Deswegen fordern wir eine Wohnungsoffensive in NRW. Das bedeutet: Neubau von 100.000 öffentlichen Wohnungen mit unbefristeter Sozialbindung. Dieser soziale Wohnungsbau muss für verschiedene Lebensentwürfe geschaffen werden. Damit schaffen wir nicht nur bezahlbaren, sondern auch guten Wohnraum.

** Wahlkreis Aachen 2 umfasst aus dem Bezirk Aachen-Mitte die Stadtteile Kaiserplatz, Adalbertsteinweg, Panneschopp, Rothe Erde, Trierer Straße, Frankenberg, Forst, Beverau, Burtscheider Kurgarten, Burtscheider Abtei und Steinebrück, sowie die Außenbezirke Brand, Eilendorf und Kornelimünster/Walheim.*



Albert Borchardt

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Der erste Artikel des Grundgesetzes ist mir besonders mit Blick auf die Bekämpfung von Armut ein Leitbild meines politischen Handelns.

Eine Gesellschaft, in der die einen in Champagner baden und die anderen ihre Nahrung in den Mülltonnen suchen, eine solche

Gesellschaft will ich nicht, sondern eine, in der Solidarität und soziale Gerechtigkeit im Vordergrund stehen.

Darum gilt es, Armut zu bekämpfen, die Mittelschichten vor dem sozialen Abstieg zu bewahren und die Reichen zu Gunsten des Gemeinwohls und des Sozialstaates in Verantwortung zu nehmen.

Jeder noch so lange Weg beginnt mit dem ersten Schritt.

Ein solidarisches NRW ist nötig und möglich!

**Wahlkreis Aachen 4*

umfasst die Kommunen Eschweiler, Stolberg, Roetgen, Simmerath und Monschau

weitere Informationen zu unseren Kandidat_innen unter
<https://dielinke-aachen.de/wahl>
<http://kandidatencheck.wdr.de/kandidatencheck/>

am 14. Mai mit beiden Stimmen DIE LINKE wählen

DIE LINKE. DAS ORIGINAL.



- Für ein Investitionspaket für mindestens 500.000 sichere, tarifbezahlte Arbeitsplätze und den Kampf gegen Personal-mangel in Kitas, Schulen, Pflegeheimen, Krankenhäusern und im öffentlichen Dienst.
- Für einen Landes-Mindestlohn von 12 Euro – damit auch die Rente sicher ist.
- Für bezahlbaren Wohnraum: 100.000 öffentliche Wohnungen durch Land und Kommunen schaffen.
- Für gebührenfreie Bildung. Für gute Kitas, für den Ganzttag an Schulen und bessere Universitäten.
- Für ein Bildungssystem, das fördert statt auszusortieren: längeres gemeinsames Lernen und ein Ende von G8.
- Für einen nachhaltigen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs bezahlbar für alle.
- Für einen Braunkohleausstieg und einen sozialen und ökologischen Umbau von NRW.
- Für ein gerechtes Steuersystem: extremen Reichtum besteuern, dafür mittlere und niedrige Einkommen entlasten.
- Für einen Stopp von Ceta und TTIP: statt die Demokratie den Konzernen zu opfern, Unterstützung der Volksinitiative in NRW.
- Für Frieden und einen sofortigen Stopp von Waffenexporten: keine Werbung der Bundeswehr an Schulen.

**KURZUM: FÜR EINE POLITIK,
IN DER DER MENSCH
IM MITTELPUNKT STEHT.**



DIE LINKE.
STÄDTEREGION AACHEN

Ich bitte um Zusendung von Informationsmaterial

Ich möchte regelmäßig zu Veranstaltungen und Versammlungen eingeladen werden.

Ich möchte Mitglied werden

Name und Anschrift:

einsenden an: DIE LINKE Städteregion Aachen
Augustastr. 69, 52070 Aachen

Adresse

DIE LINKE Städteregion Aachen
Augustastr. 69, 52070 Aachen
E-Mail: kontakt@dielinke-aachen.de
www.dielinke-aachen.de
Tel. 0241-9902531
Fax 0241-9905228

Linkes Zentrum
Augustastr. 69, 52070 Aachen
Tel. 0241-99063820
Öffnungszeiten:
Mo 15 bis 17.30 Uhr / Di-Fr 17 bis 19 Uhr

Aktuelle Termine zu Veranstaltungen und Sitzungen der Arbeitsgemeinschaften können dem Terminplaner entnommen werden unter <http://www.dielinke-aachen.de/termine>

Wer an den Treffen der Arbeitskreise teilnehmen möchte, ist freundlich eingeladen, auch wenn er/sie kein Mitglied der Partei DIE LINKE ist. Natürlich wird eine gewisse Nähe zu unseren Positionen vorausgesetzt.

Adressen

**Fraktion DIE LINKE
im Städteregionstag**

Haus der Städteregion: 1. OG, Raum E 188,
Tel.: 0241 / 5198 3305
Zollernstraße 16 | 52070 Aachen
eMail: dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de
www.dielinke-staedteregionstag.de

**Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Aachen**

Verwaltungsgebäude Katschhof
1. OG, Raum 139 52062 Aachen
Tel.: 0241 / 432-7244
Fax: 0241 / 41354-17244
eMail: fraktion.dielinke@mail.aachen.de
www.fraktion-dielinke-aachen.de

**DIE LINKE
im Rat der Stadt Alsdorf**

Thomas Langer
Rathaus - Hubertusstr. 17 | 52477 Alsdorf
eMail: thomas.langer@dielinke-aachen.de
Tel.: 0151 / 46248391

**Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Baesweiler**

Rathaus: 2. OG- Raum 214
Mariastraße 2 | 52499 Baesweiler
Tel.: 02401 / 800-214
Mail: stadtrat@dielinke-baesweiler.de
http://www.dielinke-baesweiler.de/

**Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Eschweiler**

Rathaus: Raum 177
52249 Eschweiler | Johannes-Rau-Platz 1
Telefon: 02403 / 71-509 | Fax: 02403 / 60999-207
E-Mail: fraktion-dielinke@eschweiler.de
Bürgersprechstunde u. Sozialsprechstunde
Montag, Dienstag und Donnerstag: 15 - 17 Uhr
Freitag 10 - 12 Uhr

**Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Herzogenrath**

Rathausplatz 1, 1. OG, Raum 105,
Tel.: 02406 / 83121
eMail: fraktion@linke-herzogenrath.de
www.fraktion.dielinke-herzogenrath.com
Postadresse: Fraktion DIE LINKE
Im Rat der Stadt Herzogenrath
Postfach 1280 | 52112 Herzogenrath
Bürgersprechstunde jeden Montag
18:00 bis 19:00 Uhr

Fraktion UBL Herzogenrath

Rathausplatz 1, 52134 Herzogenrath
Tel.: 02406 / 12954

**Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Stolberg**

Rathaus: 1. OG, Raum 109
Rathausstr. 11-13 | 52222 Stolberg
Tel.: 02402 / 13484
eMail: dielinke.fraktion@stolberg.de
www.dielinke-stolberg.de
Bürgersprechstunde jeden Donnerstag
15:00 bis 17:30 Uhr

LVR-Fraktion DIE LINKE

Kennedy-Ufer 2, 50679 Köln
Postanschrift: LVR, 50663 Köln
Tel. 0221-809-7666 Fax 0221-809-7663
eMail: die.linke@lvr.de

Wahlkreisbüro Andrej Hunko, MdB

Südstraße 53/55, 52064 Aachen
Telefon 0241 / 990 682-50
Telefax 0241 / 990 682-51
E-Mail: andrej.hunko.wk@bundestag.de
www.andrej-hunko.de
Sprechzeiten: Mo. 13 bis 15 Uhr und
Do. 17 bis 19 Uhr und nach Vereinbarung
Sozialsprechstunde Bundestagsbüro Andrej Hunko
Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat ab 17.00 Uhr

ÖPNV in Baesweiler noch ausbaufähig

Die Busverbindungen und Taktzeiten nach Aachen als auch innerorts könnten in Baesweiler durchaus besser sein.

Dies wird von der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Baesweiler immer wieder angemahnt.

Komplizierte und viel zu teure Tarifmodelle des Aachener Verkehrsbundes AVV laden natürlich auch nicht dazu ein, das Auto einmal stehen zu lassen und auf den ÖPNV umzusteigen ... was aber machen diejenigen, die kein Auto besitzen oder sich keines leisten können? Sie müssen sich wohl oder übel mit diesem Angebot arrangieren und sicherlich auch das ein oder andere Mal auf eine Fahrt in die Stadt, zum Einkaufen oder auch auf einen Besuch der

Familie im nächsten Ortsteil verzichten, denn nicht alle können mit dem Rad oder per Pedes ihr Ziel erreichen. Doch wo liegen die Gründe für das schlechte Angebot? Zum Teil an der Organisation des AVV, jedoch auch daran, was eine Stadt als Umlage an ein solches Unternehmen zu zahlen bereit ist. Der Betrag in Baesweiler hält sich im Vergleich zu anderen Kommunen leider ziemlich in Grenzen. Zudem müsste der Fahrplan der Linie 51 dringend noch einmal überarbeitet werden, so dass die Haltestellen an der Kapellenstraße wieder häufiger angefahren werden.

Im Baesweiler Stadtgebiet soll des weiteren geprüft werden, ob die Umsetzung des Rufbussys-

tems „NetLiner“ der ASEAG machbar ist. Dieses existiert bereits in der Eifel, wo es sicherlich eine gute Ergänzung zum ÖPNV sein kann.

Die Region Eifel ist jedoch im Vergleich zu Baesweiler von der Siedlungsstruktur und der Bevölkerungsdichte ganz anders geprägt. Zudem besteht unsererseits die Befürchtung, dass der normale Linienbetrieb noch weiter ausgedünnt werden soll.

Hierzu hat die Fraktion DIE LINKE einen Antrag zum Sachstand der Prüfung im Baesweiler Stadtrat am 25.04.2017 gestellt.

Das Ergebnis lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor und kann später auf unserer Homepage www.dielinke-baesweiler.de nachgelesen werden.

Ein echtes Highlight sind jedoch die Mitfahrerbänke, die an fünf Standorten aufgestellt wurden, vor allem die in Oidweiler, direkt im absoluten Halteverbot! Wenn dies kein Schildbürgerstreich ist ...

Die Bänke sollen ein Ergänzungsangebot zum ÖPNV bilden. Hier kommen jedoch sicherheitsrechtliche Bedenken zum Tragen, denn dieses „Bus-Erweiterungsangebot“ wurde vornehmlich für Jugendlichen und Senioren bereit gestellt, da diese keinen Führer-

schein haben. Doch sicherlich kennt jeder die Mahnung: „Steige nie zu einem Fremden ins Auto!“

Marika Jungblut,

*Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Baesweiler
und Mitglied im Städteregionstag*

**7. Rotes Sommerfest
30. Juli ab 13 Uhr**



Bouleturnier ab 14 Uhr.

**Grillhütte Dürwiß
Neben dem Freibad
Eschweiler**



Mitfahrerbank in Oidweiler, direkt im absoluten Halteverbot!